



Register Spandau: Auswertung der Chronik 2019¹

Aufgaben der Register

Die Berliner Registerstellen erfassen und dokumentieren rassistische, antisemitische, LGBTIQ*-feindliche*, extrem rechte, rechtspopulistische und andere diskriminierenden Vorfälle, die sich in den jeweiligen Bezirken ereignen.

Jeder Bezirk hat eine Registerstelle, die durch die Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung bei der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung finanziert wird. Die Berliner Registerstellen² sind in Trägerschaft von unterschiedlichen freien Trägern in Berlin. Die gemeinsame Koordinierungsstelle der Berliner Registerstellen ist beim Träger PAD gGmbH angegliedert.

Die Registerstelle Spandau wurde im März 2014 unter der Trägerschaft von GIZ gGmbH (damals GIZ e.V.) eingerichtet und konnte in den sechs Jahren ein bezirkliches Netzwerk aufbauen, das kontinuierlich erweitert wird. Die Vorfälle für den Bezirk Spandau werden entweder durch Mitglieder dieses Netzwerkes wie Gremien, lokale Bündnisse und Initiativen oder durch andere Anlaufstellen an die Registerstelle gemeldet, sie werden auch selbst recherchiert oder von aufmerksamen Einzelpersonen weitergeleitet. Anlaufstellen können auch Beratungszentren oder andere soziale Einrichtungen sein, bei denen Betroffene von Diskriminierungserfahrungen berichten, weil zu den Mitarbeiter*innen ein Vertrauensverhältnis besteht. Mit Einverständnis der Betroffenen werden diese Vorfälle anonym an die Registerstelle weitergeleitet.

Auch durch die Koordinationspartner der Berliner Register, ReachOut³, RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus) und DOSTA, INSSAN e.V., EOTO e.V. bzw. die Beratungsstelle „Alter und Behinderung“ erhält die Registerstelle Spandau Vorfallsmeldungen. Trotzdem werden gerade die „niedrigschwelligen“ Vorfälle wie Aufkleber/ Sprühereien, aber oft auch Verbalattacken im Alltag nicht gemeldet, so dass von einer großen Dunkelziffer ausgegangen werden muss.

Die erfassten Vorfälle werden in der bezirklichen Chronik auf der gemeinsamen Website der Berliner Register dokumentiert, statistisch nach verschiedenen Parametern erfasst und ausgewertet, um sie der Öffentlichkeit in Berlin bzw. im Bezirk vorzustellen. Ziel ist es, die Erfahrungen der Betroffenen sowie die Aktivitäten der rechten Szene sichtbar zu machen, um damit Handlungsimpulse für die zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen im Bezirk zu geben.

¹ <https://www.berliner-register.de/chronik/spandau>

² <https://www.berliner-register.de/>

³ Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt <https://www.reachoutberlin.de/>

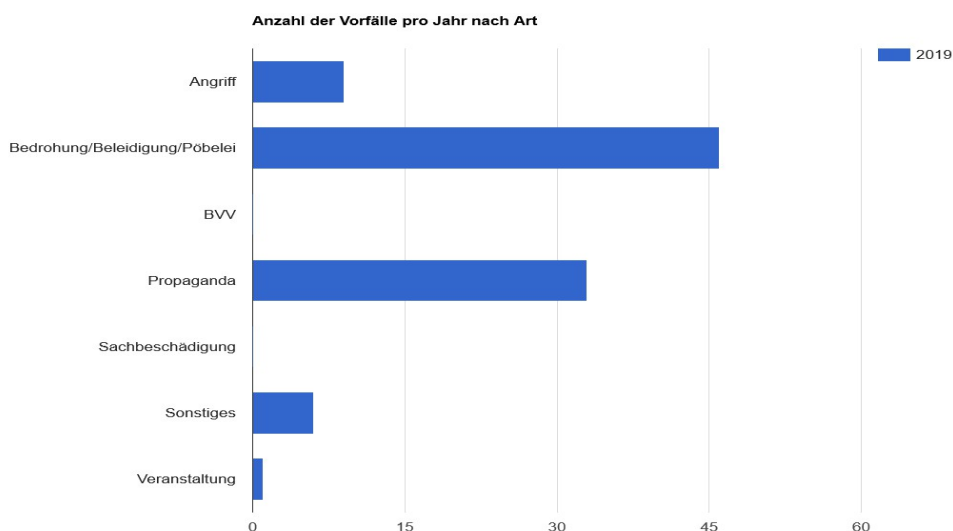


Gesamtzahl der Vorfälle in Spandau 2019

Für den Bezirk Spandau konnte die Registerstelle 95 Vorfälle dokumentieren, was die niedrigste Vorfallszahl aller Berliner Bezirke darstellt, allerdings wurden gegenüber 2018 22 % mehr Vorfälle erfasst.

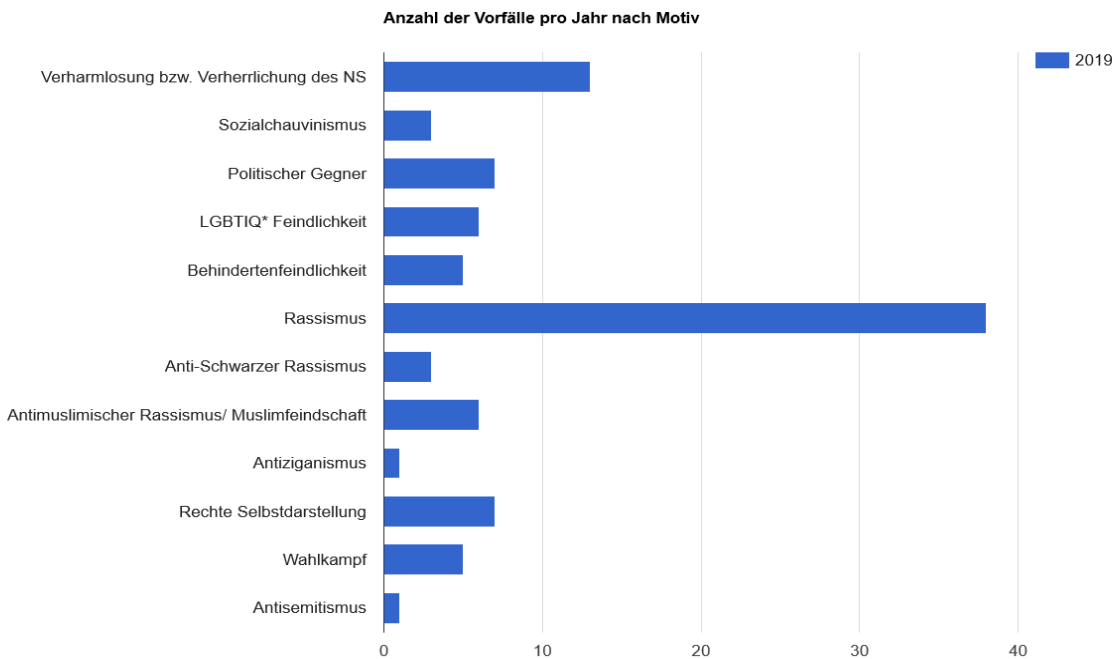
Die häufigste Vorfallsart waren Beleidigungen (46, 2018:21), gefolgt von Propaganda (33, 2018:40), die Zahl der gemeldeten Angriffe verringerte sich von 11 auf 9. Fast 50 % aller Vorfälle waren erneut rassistisch motiviert, gefolgt von NS-Verharmlosung bzw. Verherrlichung mit 14 % (2018: 11,5%). Wie in den Vorjahren wurden die meisten Vorfälle aus dem Ortsteil Spandau gemeldet (40%), erstmals verteilten sich aber mehr als 50 % der gemeldeten Vorfälle auf die übrigen Ortsteile des Bezirks.

Grafik 1: Anzahl Vorfälle pro Jahr nach Art



Auch in den Vorjahren waren Beleidigungen/ Pöbeleien die häufigste Vorfallsart, allein 2018 war Propaganda häufiger. Dies lässt sich auf die Meldesituation dieses Jahres zurückführen, mehrere Einzelpersonen waren häufig im Bezirk unterwegs und haben aktiv gemeldet. Durch unterschiedliche persönliche Gründe war dies 2019 nicht mehr der Fall. Die Anzahl der gemeldeten Angriffe hat sich geringfügig von 11 auf 9 verringert.

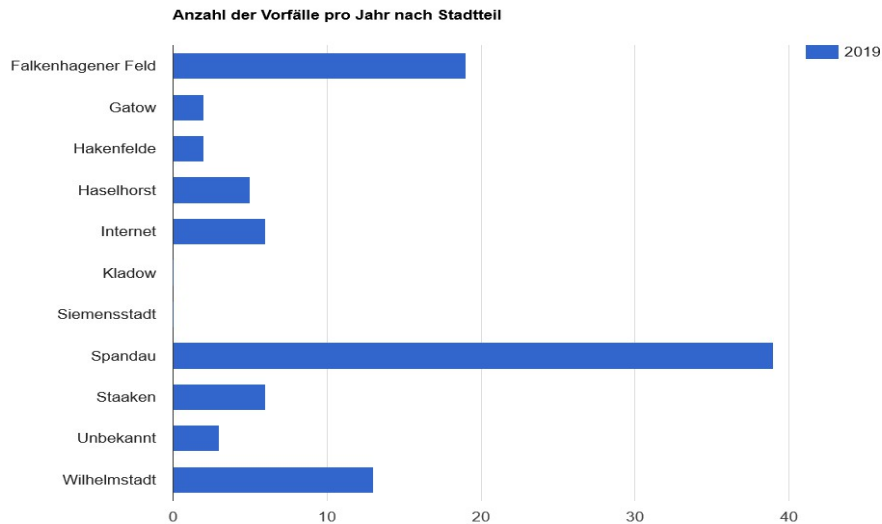
Grafik 2: Motive der gemeldeten Vorfälle 2019



Das häufigste Motiv aller gemeldeter Vorfälle, unabhängig von der Art des Vorfalls, war weiterhin Rassismus (38; 2018:49), wobei unterschieden wird in Rassismus allgemein, Antimuslimischer Rassismus/ Muslimfeindschaft, Anti-Schwarzen-Rassismus sowie Antiziganismus. Auffällig bei der Vorfallsart Angriff ist, dass von 9 gemeldeten Angriffen 6 einen rassistischen und 1 Angriff einen antimuslimischen Hintergrund hatten, also 78 % rassistisch motiviert waren. Außerdem sind 2 LGBTIQ*-feindliche Angriffe zu verzeichnen, einer richtete sich gegen einen Mann, der zweite Angriff war gegen eine Frau gerichtet, während es sich bei den 4 anderen LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen um Beleidigungen/ Pöbeleien handelte.

Wie im Vorjahr war NS-Verharmlosung/ Verherrlichung die zweithäufigste Vorfallsart. Der Anstieg bei den Motiven Sozialchauvinismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit lässt sich mit einer Ausweitung des Netzwerkes sowie neuen Kooperationspartner*innen erklären.

Grafik 3: Verteilung der Vorfälle 2019 nach Ortsteil



Wie in den Vorjahren (2014-2018) wurden die meisten Vorfälle 2019 aus dem Ortsteil Spandau gemeldet, in dem sich u.a. der Fernbahnhof, die Haltestellen aller Buslinien sowie die U7, das Bezirksamt, weitere Behörden, ein Einkaufszentrum und der Marktplatz befinden. An diesen Orten sind viele Menschen unterwegs, was zu Konflikten und damit Vorfällen führt. Mit mehreren Anlaufstellen und einem guten Netzwerk gerade im Ortsteil Spandau werden Vorfälle hier häufiger gemeldet als aus anderen Ortsteilen. Allerdings wurden 2019 erstmals mehr als 50 % aller Vorfälle aus anderen Ortsteilen des Bezirks gemeldet, das Netzwerk des Registers Spandau wurde demnach erfolgreich ausgeweitet. Die hohe Anzahl Meldungen aus dem Falkenhagener Feld ist größtenteils auf die Gewinnung neuer Melder*innen aus dem Umfeld Schule zurückzuführen. Dabei handelte es sich schüler*innenseits um Beleidigungen/ Pöbeleien mit LGBTIQ*-feindlichem Hintergrund oder der Verwendung von „behindert“ als einem Ausdruck für etwas Negatives, Abzulehnendes, während die gemeldeten rassistisch motivierten Beleidigungen von Seiten des pädagogischen Personals geäußert wurden. Es ist anzunehmen, dass die „Schul-Vorfälle“ im Falkenhagener Feld ein durchaus repräsentatives Bild von Diskriminierung an Schulen abgeben. Hier gilt es, das Netzwerk 2020 auf die anderen Ortsteile auszuweiten, um Aufschluss über die dortige Situation zu erhalten.